Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommun. Genossenschafter

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16—18 Uhr, Sonnabends 13—14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 20. Juni 1929 — Nummer 141

Die sächsische SPD zur Koalition bereit

Vorbereitung der Mitgliedschaft

Dobberts Mission

Heute findet im Landtag ein neuer Wahlgang für die Wahl zum Ministerpräsidenten statt. Auch dieses Theater wird ausgehen als totes Rennen. Die bürgerlichen Parteien haben sich noch nicht verständigt. Die SPD-Führer wollen aber noch ein wenig Pause, um ihren Eintritt in die Koalition planmäßig vorzubereiten. Wir haben schon mehrfach festgestellt, daß die SPD in Sachsen gewillt ist, in eine Koalition einzutreten. Wir haben die Gründe dazu mehrfach angeführt und brauchen sie hier nicht zu wiederholen. Auf der Tagung der Landesinstanzen der SPD haben sich 17 Vertreter für die Beteiligung in der Koalition ausgesprochen. Damals verkündeten die Edel und Genossen, daß die SPD nicht daran denke, an einer Regierung mit der Volkspartei teilzunehmen. Jetzt ergibt sich aber, daß die 17 schon die Führung besitzen. Die radikalen Schwätzer, die Edel, Böchel usw., leisten aber keineswegs Widerstand gegen die Vorstöße der Koalitionspolitiker, sondern fördern die Haltung der 17. Diese gehen dazu über, die Mitglieder zu bearbeiten. So hat jetzt der Abgeordnete Wehle in einer SPD-Funktionärversammlung in Bautzen zur Regierungsbildung gesprochen. Der Teldienst meldet dazu:

Eine **Funktionärversammlung der sozialdemokratischen Ortsgruppen von Bautzen und Bischofswerda hat sich nach einem längeren Referat des Abg. Wehle für die Bildung einer Koalitionsregierung ausgesprochen unter der Bedingung, daß der SPD sowohl der Posten des Ministerpräsidenten als auch die Posten von drei weiteren Ministern überlassen würden. Die Versammlung beschloß weiter gegen 5 Stimmen, die bisherige Haltung des Abg. Wehle zu billigen und forderte, daß Wehle auch in Zukunft dafür eintrete, die Stärke der SPD im Landtage in eine rege Beteiligung an der Staatsmacht umzusetzen mit dem Ziele, die Deutschnationale Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Nationalsozialisten von der Mitarbeit an der Regierung auszuschließen.**

Hier bestätigt sich vollständig, was wir vorausgesagt haben. Auch in Dresden, dem Domizil Edels, geht man daran, die SPD auf die Koalition einzustellen. So läßt man jetzt den Abgeordneten Dobbert auf die Dresdner Mitglieder los. Heute hält dieser einen Vortrag zur Regierungsbildung in einer SPD-Mitgliederversammlung in Cotta.

In der Juninummer des Klassenkampf, der Halbmonatsschrift der sogenannten „Linken", bringt man einen nicht gezeichneten Artikel über „Die sächsische Sozialdemokratie zur Regierungsbildung". Dieser Artikel wendet sich zwar noch gegen die Koalitionsbeteiligung, jedoch in einer Form, die deutlich erkennen läßt, daß man praktisch bereit ist, in die Regierung einzutreten. Der Artikel ist als Uebergangsbasis für die Einstellung der SPD-Arbeiter auf die Koalitionspolitik zu bewerten. Der Artikelschreiber bezeichnet die Nichtbeteiligung an der Regierung als das **„kleinere Uebel"**.

Nach einigen Feststellungen über die Lage, beschäftigt sich der Artikel dann mit den Nationalsozialisten. „Rettung vor den Faschisten," daß ist, wie wir schon gleich am Tage nach der Wahl feststellten, die Parole, mit der die sächsischen SPD-Führer in die Koalition wollen. So schreibt der Klassenkampf:

„Immerhin ist es keine angenehme Aussicht für manche bürgerliche Parteien, aber auch für die sächsische Arbeiterschaft, daß in den nächsten Jahren die Politik von der Gnade der Nationalsozialisten abhängig sein soll.

Das ist auch das Hauptargument der Genossen innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie, die sich für die Bildung einer Koalition einsetzen."

Dann heißt es, der 1. Mai, der 9. November müssen verteidigt werden, ebenso die sächsische Wohlfahrtspflege usw. Dann erklärt dieser „Gegner" der Koalition folgendes:

„Nur dann, wenn es den Parteien des bisherigen Großbürgerblocks nicht gelingt, die heterogenen Kräfte zur Rechten der Sozialdemokratie zu vereinen, wäre unter Annahme ihres Mindestprogramms die Möglichkeit für ein Arbeiten der Sozialdemokratie Sachsens in der Regierung mit bürgerlichen Parteien gegeben."

Das ist deutlich genug. Die SPD ist zur Rettung des Bürgertums aus schwieriger Lage, wie alle Zeit, so auch hier bereit.

Die sozialdemokratischen Führer treiben ein frivoles Spiel mit den Arbeitern. Sie wollen alle in die Koalition, sie wollen den gleichen Kurs wie im Reich.

Die Arbeiterschaft wird das Spiel der SPD-Führer durchschauen und sich mit Empörung von diesen Arbeiterbetrügern abwenden.

Neuer Vorstoß der Volkspartei gegen die Arbeitslosenversicherung

Allgemeiner Abbau der Unterstützungssätze gefordert

Berlin, 20. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Die Deutsche Volkspartei hat im Reichstag einen Antrag zur Arbeitslosenversicherung eingebracht, in dem verlangt wird, aus der Versicherungspflicht alle diejenigen auszuschalten, bei denen man von einem regelmäßigen, ständigen Arbeitsverhältnis nicht sprechen **kann oder bei denen die Kontrolle des Beschäftigungsverhältnisses unmöglich ist. Versicherungsfrei** werden sollen u. a. **Arbeiter, deren regelmäßiges Arbeitseinkommen den Betrag von wöchentlich 10 Mark nicht erreicht,** ferner **Jugendliche unter 18 Jahren, bis zu 50 Prozent erwerbsbeschränkte Heimarbeiter. Ausscheiden sollen ferner die, die selbständig tätig sind oder von der Familie unterhalten** werden. **Außerdem soll der Verwaltungsrat das Recht erhalten,** in besonderen Fällen insbesondere in Wiederholungsfällen die Sperrfrist auf 8 Wochen zu verlängern oder die Unterstützung **dauernd zu entziehen. Für die Unterstützung soll der Durchschnitt der letzten 6 Monate zugrunde gelegt werden. Die Unterstützung soll 70 Prozent des Tariflohnes nicht übersteigen. Neu** beantragt wird ein **§ 107 a, nachdem volle Unterstützung nur der** erhält, **der mindestens 52 Beitragswochen nachweist, sind weniger** als 52 Wochen, **aber mehr als 39 Beitragswochen nachgewiesen,** so werden die **Unterstützungssätze um 25 Prozent gekürzt, sind** weniger als 39 Wochen **nachgewiesen, um 50 Prozent. Zu diesem** neuen Paragraphen **hat das Zentrum bereits seine Zustimmung** erteilt. **Auf die Saisonarbeiter bezieht sich die Bestimmung, daß** die Karrenzfrist **zwischen dem Tage des Eintritts in die Arbeitslosigkeit und dem Beginn der Unterstützung von 7 Tagen** auf 3 Wochen **erweitert wird. Unternehmer, die bei der Bescheinigung falsche oder unvollständige Angaben machen, müssen** der Reichsanstalt **den daraus entstehenden Schaden ersetzen und können in eine Ordnungsstrafe bis zu 1000 Mark genommen werden.**

Trotz des Geschreis der Sozialdemokraten, daß sie einer Verschlechterung des AVG nicht zustimmen, werden sie im Interesse der Erhaltung der Koalition vor der Volkspartei kapitulieren. Die Arbeiterschaft muß ihren Kampf gegen den Vorstoß der Koalitionsparteien, den Abbau der Arbeitslosenunterstützung durchzuführen, verstärken.

Lügen-Künstlers Abfuhr bei den Leipziger SPD-Arbeitern

Was die Dresdner und Leipziger Volkszeitung seit einer Woche verschweigt

Die sozialdemokratische Presse hat im allgemeinen die Gewohnheit, über Mitgliederversammlungen ihrer Partei lange Berichte zu veröffentlichen. Aber nicht immer. Am 13. Juni tagte die Mitgliederversammlung der SPD Groß-Leipzig, in der der Berliner Bezirksvorsitzende Künstler über den 1. Mai sprach. Wir sind heute in der Lage, unseren Lesern einen ausführlichen Bericht über diese Volkshausversammlung zu unterbreiten, dessen Inhalt es allerdings verständlich macht, warum die Leipziger Volkszeitung bis heute noch nicht eine Zeile Raum gefunden hat, um über diese Versammlung zu berichten. Künstlers unverschämte Provokation und Lüge über die Berliner Maivorgänge stießen auf lebhaften Widerspruch bei den Leipziger SPD-Arbeitern. Die Auseinandersetzung innerhalb der SPD zwischen den ehrlichen Arbeitern und der korrumpierten Führerclique ist in vollem Gange und wird nicht zur Ruhe kommen.

Künstlers Lügenberichte

Künstler führte in seinem Referat über den 1. Mai in Berlin u. a. folgendes aus: Eigentlich habe Zörgiebel die Absicht gehabt, das Demonstrationsverbot aufzuheben, zumal auch in der SPD Stimmen dafür laut geworden seien.

In der entscheidenden Sitzung, an der auch Zörgiebel und er selbst teilgenommen hätten, sei die Nachricht gekommen, daß zwei Genossen bei dem Versuch, ihre Frauen vor unsittlichen Belästigungen durch Kommunisten zu beschützen, von diesen erdolcht worden seien. (!!) (Diese niederträchtige Schwindelmeldung hat nicht einmal die sozialdemokratische Presse später zu verbreiten gewagt. D. Red.) **Darauf sei beschlossen worden, das Verbot aufrechtzuerhalten!**

Der Beschluß der Gewerkschaften, um Reibereien zu vermeiden, in die Säle zu gehen, sei auch darauf zurückzuführen, daß die „Rote Fahne" 1928 geschrieben habe, es sei wohl diesmal die letzte unblutige Maifeier gewesen.

Böttcher als Kronzeuge

Dann führte er Trotzki als Kronzeugen an, der 1924 einmal geschrieben habe, daß sich die KPD mit dem Lumpenproletariat verbinde, um mit diesen Elementen Blutvergießen zu provozieren. **Auch die Böttchersche „Arbeiterpolitik" bot Künstler das „Beweismaterial" für die Blutschuld der Kommunisten, daß er eifrig auszunutzen versuchte.**

Künstler stellte die Frage, warum die Kommunisten ihre Barrikaden nicht am Kurfürstendamm gebaut hätten. Dort hätte Zörgiebel die Polizei nicht eingreifen lassen. (!!)

Im übrigen sei der Einfluß der Kommunisten auf die Massen „zusammengeschmolzen". Die KPD hatte nur noch 15 000 Mitglieder in Berlin, sie habe keinen Einfluß und wolle nur durch Aktionen die Massen vorwärts treiben. (Widerspruch in der Versammlung.)

Künstler schloß mit einer scheinradikalen Phrase, indem er erklärte: Wir Sozialdemokraten sind nicht die letzten, die die Umwandlung des heutigen Staates in eine bessere Staatsform begrüßen würden. Aber wir lehnen die verbrecherischen, putschistischen, nur dem Faschismus dienenden Methoden der Kommunisten ab.

Die Aussprache

An der Diskussion beteiligten sich acht Redner, von denen sich bezeichnenderweise nicht weniger als fünf gegen Künstlers Verteidigung Zörgiebels wandten, während sich nur drei mit seinen Ausführungen einverstanden erklärten. Wir heben aus der Diskussion die folgenden Ausführungen hervor:

Naumann: Wir, die wir immer die Demokratie verteidigen, müssen in den Maivorgängen etwas sehen, was mit der Demokratie nichts mehr zu tun hat.

Wenn befürchtet wurde, daß es zu einer Kraftprobe zwischen uns und den Kommunisten kommen würde, so steht außer Zweifel, daß die Gewerkschaften nicht den richtigen Weg wählten, wenn sie zu Versammlungen in geschlossenen Sälen aufriefen. Das ist ein Zeichen der Schwäche und der Feigheit. (Beifall und Widerspruch.)

„Bestialische Polizeikamarilla"

In Berlin sieht und hört man nichts, daß der Polizeikamarilla, die geradezu bestialisch hauste, auch nur ein Haar gekrümmt wurde. Bis heute sind die Berichte der liberalen Presse von Zörgiebel nicht widerrufen worden. Wir wenden uns auch dagegen, daß es möglich ist, daß führende Parteigenossen, wie Zörgiebel, ihre Darstellung in bürgerlichen Blättern geben können. Es sei bezeichnend, daß Blätter, wie das Berliner Tageblatt, die Vossische Zeitung und die Welt am Montag, die Hausblätter des doch zu 90 Prozent sozialdemokratischen Reichsbanners seien.

Gegen die Lügen der Leipziger Volkszeitung

Naumann wendet sich dann der Kritik der Leipziger Volkszeitung in ihrer Berichterstattung über die Maivorgänge zu. Warum habe sie nur so spärliche und zögernde Mitteilungen über Berlin gebracht? Der sozialdemokratische Pressedienst habe vollkommen versagt.

Künstler hat es so darstellen wollen, als habe der Janhagel abends um 8 Uhr zuerst geschossen. Es stehe doch aber fest, daß schon vormittags 11 Uhr in den Arbeitervierteln von der Polizei geschossen wurde. Wer glaubt eigentlich an das Märchen von 14 zerschossenen Karabinern? Sie selbst etwa, Genosse Künstler? (Lebhafter Beifall im Saal.) Wie kann es möglich sein, daß die Arbeiter auf den Barrikaden kämpften und daß doch kein einziger Polizeibeamter verwundet wurde? Der Untersuchungsausschuß hat festgestellt, daß alle Opfer Unbeteiligte waren und daß sie alle zu gleicher Zeit von unten nach oben getroffen wurden. Wo sind also die berühmten Dachschützen? (Beifall.) Wie wurde Gemeinhardt erschossen?

„Wenn die Maschine in Bewegung ist"

Das Polizeisystem, diese Maschine, einmal in Bewegung gesetzt, selbst wenn sie von einem Sozialdemokraten in Bewegung gesetzt wird, fragt nicht danach: Hast du ein Mitgliedsbuch in der Tasche, und wo für eins? Gegen dieses System wenden wir uns mit aller Schärfe. (Beifall und Widerspruch.)

Bieligks Angst vor den Herbstwahlen

Bielig führte aus, es sei ein Fehler gewesen, auf die Maidemonstration zu verzichten. Das Stimmenergebnis für die SPD bei den Landtagswahlen sei trotz und nicht wegen des 1. Mai in Berlin zustande gekommen. **Wir werden bei den Herbstwahlen sehen, wie sich die Berliner Vorgänge ausgewirkt haben.** Jedenfalls haben die Kommunisten einen starken moralischen Erfolg davongetragen.

Wir müssen sagen, daß die absolute Bejahung des heutigen Staates durch die Parteiführung viel dazu beitrug, diese